

GRÜNE LISTE

GABLITZ

Zugestellt durch Post.at
AUSGABE 1/2018
DAS GEMEINDEMAGAZIN DER GRÜNEN

LIGA
Grüne Liste Gablitz

DIE GRÜNEN
GABLITZ
GABLITZ.GRUENE.AT

HELGAKRISMER

365€ ÖFFI- TICKET. FÜR DICH. JETZT.

MACHEN NUR WIR.

DIE GRÜNEN
NOE.GRUENE.AT

LANDTAGSWAHL

28. JÄNNER 2018

DRÜBERFAHREN

À LA NIEDERÖSTERREICH

Jetzt ist es auch schon wieder ein Jahr her, seit der Bezirk Wien-Umgebung aufgelöst wurde. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass da eh nichts passiert sei. Wir haben andere Autokennzeichen, na gut. Aber sonst ist ja alles in Ordnung. Oder?

Eben nicht. Die Außenstelle Purkersdorf konnte zwar erhalten werden, aber nur mit einem eingeschränkten Aufgabenbereich. Wer darauf angewiesen ist, etwas von einer Dienststelle des Bezirkes zu brauchen, wie zum Beispiel vom AMS, der Krankenkasse, vielleicht Schulungen etc., wird sehr schnell merken, wie weit St. Pölten von uns in Gablitz entfernt ist. Wenn zum Beispiel Termine unverschiebbar auf 8:00 Uhr angesetzt werden und dann Eltern nicht wissen, wie sie ohne Auto zum dortigen Amt hinkommen und die Kinder die Zeit bis zum Schulbeginn überbrü-

cken sollen. Dann wird sehr schnell klar, dass sich der Herr Ex-Landeshauptmann mit dieser „Einsparung“ auf Kosten und zu Lasten der BürgerInnen im Bezirk als Verwaltungseinsparer profilieren wollte.

Wobei, das mit der Einsparung ist bei Beamten eh so eine Sache. Wer genau wurde denn wo eingespart? Wer das Dienstrecht des Landes kennt, kann die Antwort erraten.

Und natürlich wurden diese deutlichen Verschlechterungen nicht nur für Gablit-

zerInnen gänzlich ohne Einbindung von BürgerInnen oder sogar den BürgermeisterInnen durchgezogen. Und auch, wie so gemunkelt wurde, weil der allmächtige Erwin den Begriff Wien (Umgebung) in seinem heiligen Land NÖ nicht mehr hören wollte:

Echte NÖ Demokratie halt.

Am 28. Jänner können Sie der ÖVP die Rechnung dafür präsentieren.

■ GGR DI Gottfried Lamers

ES IST ZEIT! FÜR NEUES?

Das Wahlergebnis der Nationalratswahl 2017 war für die GRÜNEN schmerzhaft.



Die Pläne und Vorstellungen zur politischen Umgestaltung der, bereits jetzt schon sehr alt aussehenden Schwarz-Blauen Regierung sind aber weitaus schmerzhafter: Sozialleistungen werden weiter gekürzt, während große Konzerne keine Steuern zahlen und die Vermögen der Reichsten weiterhin unangetastet bleiben.

Es kommt die Lockerung des Nicht-raucherInnenschutzes zu Lasten tausender ArbeitnehmerInnen und auf Kosten des Gesundheitsbudgets.

Wirtschaft und Umwelt werden gegeneinander ausgespielt – auf Kosten unserer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Das Bildungssystem wird nicht zukunfts- sondern museumsfit gemacht. Interessensvertretungen von ArbeitnehmerInnen und Studierenden werden in ihrer Mitsprache massiv eingeschränkt und die Finanzierung ihrer Gremien gefährdet.

Ein Steuerbonus für Gutverdienende ist geplant, während ärmere Menschen durch die Finger schauen und Mindestsicherungen gekürzt werden sollen. Die Interessen von ArbeitnehmerInnen werden jenen der Industrie untergeordnet. Wohnen wird nicht leistbarer gemacht, sondern teurer und zusätzlich sollen MieterInnenrechte beschnitten werden. Statt Integration zu fördern, setzt Schwarz-Blau auf Spaltung und das Zerstören von Zukunftschancen...

Österreichs Regierung spricht von purem Leistungszwang. Natur, Gesundheit und Lebensqualität werden einer Verwertungsideologie geopfert. Die Medien der ganzen Welt schreiben über die neue rechte und rechtsextreme Regierung Österreichs – und das zu recht, schließlich hat die ÖVP ohne Scham zahlreichen deutschnationalen und einschlägig bekannten Burschenschaftlern in ein Regierungsamt verholfen. Eines ist klar: Diese Regierung bringt nichts Neues. Sie fährt mit Österreich in Höchstgeschwindigkeit zurück in die Vergangenheit. Zusehen und zurücklehnen wird daran nicht viel ändern.

Aufstehen, sich engagieren, eigene Ideen einbringen und Widerstand leisten hingegen schon.

**Also worauf noch warten?
Aktiv werden!
liste.gablitz@aon.at**

■ Florian Ladenstein

DIE ÖVP UND DAS LIEBE/UNSER GELD

Das ist so eine Geschichte, wie sie ein/e KrimiautorIn nicht schreiben würde. Viel zu unglaublich, zu verrückt, zu absurd.

Wenn ein paar Landesbedienstete Geld verspekulieren, weil nicht auf sie aufgepasst wird, o.k., das kann offenbar passieren, wie am Beispiel Salzburg zu verfolgen war. Aber, dass das gleich eine ganze politische Partei mit öffentlichen Landesgeldern macht, mit zahlreichen involvierten Personen und unter den Augen der Opposition, das glaubt doch keiner. Da würde doch ein Sturm der Entrüstung losbrechen!

Tja „würde“. In anderen Bundesländern vielleicht! Nicht aber in NÖ, wo die ÖVP auch alle Medien so perfekt beherrscht, dass niemand darüber aufgeklärt wird, dass ein damaliger LR Sobotka nachweislich Briefkastenfirmen auf den Cayman Inseln gründet und mit den Wohnbaugeldern des Landes finanziert. Selbst Rechnungshofberichte, die diese Praktiken aufzeigen und kritisieren, finden nur in kleinen Zirkeln der GRÜNEN-

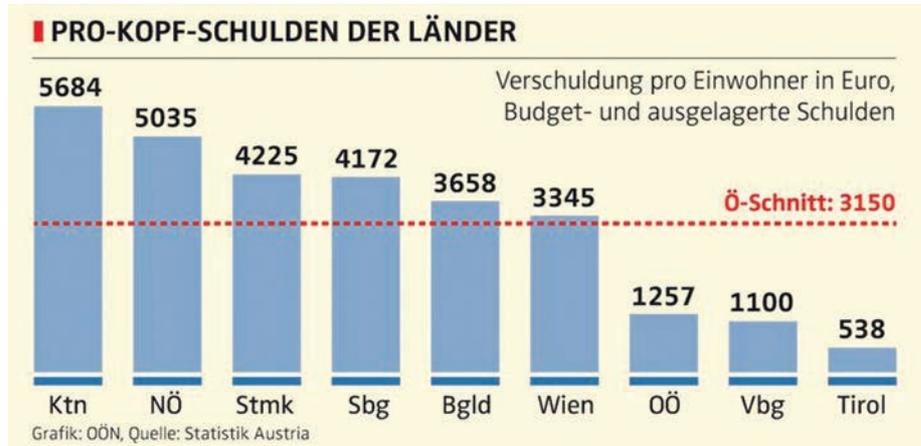
Opposition Aufmerksamkeit. Der Rest von NÖ nimmt das einfach einmal hin. Der heilige Erwin wird schon wissen was er tut.

Deshalb hat es auch niemanden in NÖ interessiert, dass über Jahre hinweg eine Erwin Pröll-Privatstiftung vom Land finanziert wurde. Landessubventionen, ÖVP-Einfluss, Steuergeld, Erwins Privatvermögen, etc. – ist doch offenbar

eh das gleiche. Kritik am System wurde nicht einmal ignoriert und von den willfährigen Medien totgeschwiegen.

Nur der Falter hat dankenswerterweise einmal genauer in diesen Sumpf hineingeschaut und die Geschichte an die Öffentlichkeit gezerrt. Die ÖVP reagierte wie üblich: Da ist nix dran, Fake News, Majestätsbeleidigung, Anpinkeln von „unserem Erwin“. So wie seit vielen Jahren eben. Nur diesmal hat es nach dem Falter auch der ORF aufgegriffen und dann war er plötzlich sprachlos der Herr Landeshauptmann. Und, gekränkt ob so viel Subordination, zog er sich zurück.

Das Geld der Stiftung wurde inzwischen an das Land zurückgezahlt. Die verlorenen Milliarden aus den Spekulationsgeschäften wird uns aber niemand zurückbringen. Die zahlen die SteuerzahlerInnen durch geringere Förderungen für Wohnbau oder durch

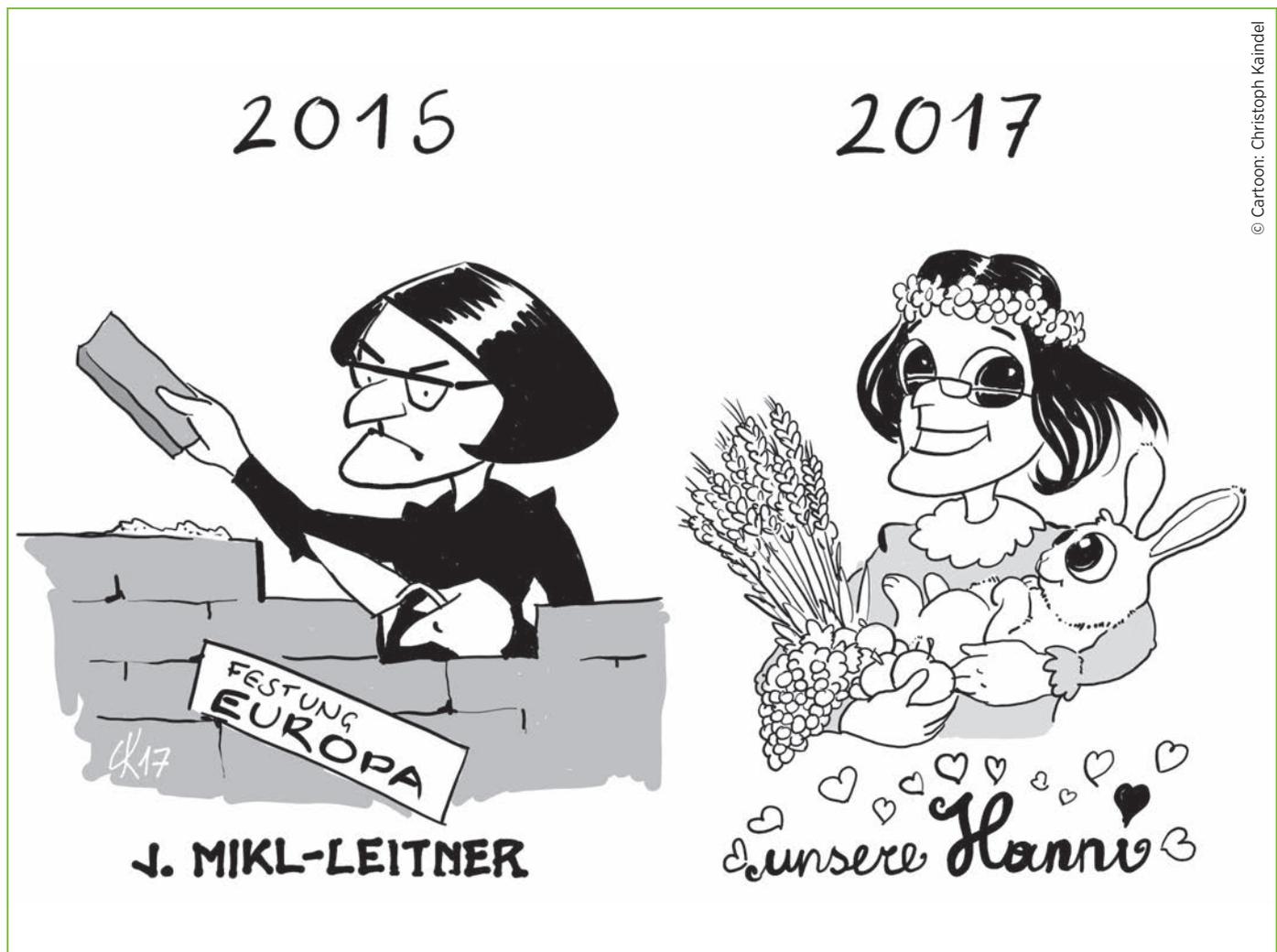


Streichung der Mindestsicherung.

Die ÖVP hat es geschafft aus einem reichen Bundesland jenes zu machen, das österreichweit nach Kärnten (das durch die blauen Verbrecher in die finanzielle Malaise gestürzt und nahe an den Konkurs gebracht wurde) die höchsten Schulden pro Kopf hat. In Kärnten sitzen sie inzwischen ihre Strafen dafür

ab, in Salzburg laufen die Prozesse noch und hoffentlich, wird auch in NÖ irgendwann die Gerechtigkeit und die Justiz siegen. Dann werden sich Erwin und vor allem der politisch Hauptverantwortliche, der nunmehrige Nationalratspräsident Sobotka, zu verantworten haben.

■ GGR DI Gottfried Lamers



MIT VOLLEM ELAN FÜR GABLITZ

Trotz der turbulenten Monate arbeiten wir MandatarInnen der Grünen Liste Gablitz wie eh und je voller Elan an Verbesserungen für Gablitz. Als größte und meist einzige Kraft der Opposition sind wir die Kontrollinstanz der Gemeinde und der Stachel im Fleisch der Schwarz-Rot-(Blauen) Koalition in Gablitz. Hier einige unserer letzten Schwerpunkte:

NEIN ZU GLYPHOSAT

Angesichts des umstrittenen Beschlusses der EU-Mitgliedstaaten, das Pestizid Glyphosat für weitere 5 Jahre zuzulassen, brachten wir im Gemeinderat zu diesem aktuellen Thema einen dringlichen Antrag ein. Bei uns in Gablitz haben wir Grüne schon vor einigen Jahren erfolgreich bewirkt, dass Glyphosat nicht mehr von der Gemeinde verwendet werden darf. Das reicht aber nicht. Wenn wir unsere Gesundheit und Umwelt umfassend schützen wollen, führt kein Weg an einem flächendeckenden Verbot von Glyphosat und anderen giftigen Pestiziden vorbei.

Zahlreiche Studien liegen auf dem Tisch und weisen auf die Gefahren hin, die von dem giftigen Präparat Glyphosat für Mensch, Tier und Natur ausgehen. Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation WHO hat das weltweit am häufigsten eingesetzte Herbizid sogar schon im März 2015 als ‚wahrscheinlich krebserregend‘ eingestuft. Die weitere Zulassung des Umweltgifts ist deshalb nichts anderes, als ein Kniefall vor den großen Chemiekonzernen, und zwar auf Kosten von uns allen.

Während bei einer ähnlichen, grünen Initiative im Nationalrat ÖVP und Neos noch gegen das Verbot des Umweltgifts gestimmt haben, wurde unsere Forderung nach einem flächendeckenden Verbot bei der Gemeinderatssitzung in Gablitz nun von allen Fraktionen unterstützt. Wir fordern damit sowohl die niederösterreichische Landesregierung, als auch die zukünftige Bundesregierung dazu auf, ein umfassendes nieder- und österreichweites Pestizid-Reduktionsprogramm, verstärkte Pestizid-Rückstandskontrollen in Lebensmitteln sowie ein Verbot von

Glyphosat umzusetzen. Denn es geht um nichts weniger als die Sicherstellung des Schutzes unserer Gesundheit und Umwelt. Da geben wir nicht klein bei.

SUBVENTION BEHINDERTENVERBAND

Im Gemeinderat wurden wieder Subventionen für Vereine beschlossen. Auch der Behindertenverband hat ein Ansuchen um 250 € für Kranzspenden verstorbener Mitglieder eingebracht. Leider konnten aber keine Belege vorgelegt werden. GGR Schreiner (ÖVP) hat daher die Ablehnung des Antrags empfohlen. Da uns die Arbeit des Behindertenverbandes jedoch am Herzen liegt, haben wir uns als GRÜNE Liste Gablitz kurzerhand dazu entschlossen, die entfallende Subvention aus eigener Tasche zu begleichen.

JUGEND

Eine weitere Initiative der GRÜNEN Liste Gablitz zielte auf die Schaffung von mehr Raum für die Gablitzer Jugend ab. Konkret war es mein Ziel, das eingeschlafene Projekt des Jugendzentrums wieder in Schwung zu bekommen. Nachdem das Projekt wegen fehlender Räumlichkeiten ins Stocken geraten ist, gibt es nun wieder neue Möglichkeiten.

Zur Erinnerung: Nachdem in einer Sitzung des Gemeinderats im Juni 2014 der Wunsch nach einem Jugendzentrum von mir erstmals eingebracht wurde, hat eine ge-coachte Jugendgruppe gemeinsam mit der Gemeinde Ideen und Konzepte für ein Jugendzentrum gesammelt. Die Gruppe löste sich aufgrund des erfolglosen Arbeitsprozesses mittlerweile jedoch auf.

Das ursächliche Problem, nämlich dass es in Gablitz zu wenige Orte der Begegnung, zu wenig konsumfreien

Raum für die Freizeit und zu wenig Platz für Veranstaltungen für und von Jugendliche(n) gibt, blieb jedoch bestehen. Da die Gemeinde schon beim letzten Mal Mietverhandlungen über Monate hinausgeschoben hat, wollte ich hier Nägel mit Köpfen machen und den Bürgermeister zu zeitnahen Verhandlungen motivieren. Denn sonst enden wir wieder damit, dass engagierte Jugendliche ein fertiges Konzept ausarbeiten und top motiviert sind, sie dann aber über lange Zeit von der Gemeinde in der Luft hängen gelassen werden und nichts passiert. Je früher Gespräche über mögliche Mietobjekte geführt werden, desto wahrscheinlicher ist auch die tatsächliche Umsetzung eines Jugendprojektes.

Statt den Grünen Antrag im Gemeinderat zu diskutieren, wurde er aber von der ÖVP-SPÖ Mehrheit ohne inhaltliche Diskussion dem Ausschuss für Kultur und Bildung zugewiesen. Indem ich das Thema übrigens erneut selbst auf die Tagesordnung reklamieren musste, da offenbar nur die GRÜNE Liste Gablitz die Interessen der Jugendlichen ernst genug nimmt und die anderen Parteien sonst gerne darauf vergessen.

PFLEGEREGRASS

Der Nationalrat hat den Pflegeregress, der viele Menschen in soziale Notlagen gestürzt hat, vor der Nationalratswahl abgeschafft – und das ist gut so. Weniger gut ist, dass die Finanzierung der Pflegekosten nicht ebenfalls klar geregelt wurde.

Aufgrund der drohenden Mehrkosten für die Länder und Gemeinden gab es daher von Seiten des Bürgermeisters im Gemeinderat eine Resolution auf Kostenersatz durch den Bund. Leider war die Resolution mehr als schwammig

formuliert – weshalb wir Grüne nach einer Präzisierung verlangt haben, denn nach der Abschaffung des Pflegeregresses wäre es nun reine WählerInnenverarschung, dieselben Personen erst recht wieder zur Kasse zu bitten.

Daher stellte die GRÜNE Liste Gablitz einen Antrag auf Abänderung: „Eine

erneute Abwälzung der Kosten auf Menschen in Pflege, insbesondere eine Einbehaltung der 13. und 14. Pensionszahlung, gilt es dabei auszuschließen.“ Dieser – eigentlich vollkommen logischen Ergänzung von uns Grünen – konnte in Gablitz lediglich die SPÖ zustimmen! FPÖ, ÖVP und Neos enthielten sich oder stimmten dage-

gen – da es ihnen bei der Abschaffung des Pflegeregresses offenbar nur um einen Wahlkampfgegner und niemals um eine echte Entlastung der Menschen in Pflege ging.

Gut, wissen wir das jetzt nun also auch.

■ Florian Ladenstein

ICH, ICH, ICH

Ein gesundes Selbstbewusstsein ist unserem Bürgermeister nicht abzusprechen. Er fühlt sich auch angegriffen, selbst wenn er gar nicht unser Ziel war. Lustig!



DIE VORGESCHICHTE

Die ÖVP hat im NÖ-Landtag im Juni 2017 überraschend und überhastet das Wahlgesetz geändert. Mit diesem Gesetz hat sie den Gemeinden einen enormen Verwaltungsaufwand aufgebürdet. Die Gemeinden sollten alle ZweitwohnsitzerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt nicht in der Gemeinde haben, aus den WählerInnenverzeichnissen entfernen. Dazu mussten die Gemeinden alle ZweitwohnsitzerInnen mehrfach anschreiben, um zu eruieren wo der Lebensmittelpunkt liegt. Diese Aufgabe beschäftigte die Gemeindeverwaltungen – auch die von Gablitz – bis in den späten Herbst hinein.

EIN SCHLECHTES GESETZ

Was bei dem Gesetz besonders är-

gerlich ist, ist die Tatsache, dass viele Begriffe völlig undefiniert blieben und damit eine weite Auslegungsmöglichkeit gegeben war. Der Clou bei alledem war jedoch dann, dass bei „Unklarheiten“ – und die sind bei diesem Gesetz zahlreich – die/der jeweilige BürgermeisterIn allein und ohne weitere Instanz die Entscheidung zu treffen hat, ob die/der BürgerIn aus dem WählerInnenverzeichnis zu streichen ist. Viele RechtsexpertInnen meinen, dass diese Entscheidungen zu einer erfolgreichen Wahlanfechtung führen können. Auch der Standard berichtete in einem ausführlichen Bericht über diesen demokratiepolitischen Skandal und erhob, gemeinsam mit einem Forschungsinstitut, die Betroffenheit der NiederösterreicherInnen. Dabei zeigte sich, dass zahlreichen Menschen das Wahlrecht einfach gestrichen wurde, teils ohne sie zu informieren, teils gegen ihren Wunsch oder gegen ihre Angaben zum Lebensmittelpunkt.

DIE GABLITZER KOMPONENTE

All das ist ein niederösterreichweites Problem, entstanden durch die Allmacht einer absoluten Mehrheit und ein bedenkliches Demokratieverständnis der ÖVP. Das haben wir kritisiert, wie auch die SPÖ und die GRÜNEN im Land, wie ebenso auch verschiedene Medien. Zur Unterstreichung der Kritik haben wir den Bürgermeister am Ende der letzten Gemeinderatssitzung im Jahr 2017 gefragt, wie viele Fälle wir in

Gablitz hätten. Die Antwort: „Ungefähr hundert.“

Und das haben wir dann eben auch veröffentlicht. Mit dem Hinweis, dass sich die Betroffenen noch beeilen müssen, um sich ihr Wahlrecht zurückzuholen, immerhin lief diese Frist ja am 10. 12. 17 aus.

So weit, so landespolitisch. BM Cech bezieht aber scheinbar alles auf sich persönlich, fühlte sich in seiner Ehre gekränkt und veranlasste daher einen Eintrag auf der Homepage der Gemeinde. In diesem Artikel behauptet er, mit jeder/m WählerIn gesprochen zu haben, bevor sie aus dem WählerInnenverzeichnis gestrichen wurde.

Ob das stimmt?

Es haben sich nämlich bereits Menschen mit Zweitwohnsitz bei uns gemeldet, die ungewollt nun nicht mehr wählen dürfen. Aber selbst wenn BM Cech mit jeder Person geredet hätte, bleibt es ein schlechtes Gesetz und demokratiepolitisch bedenklich, wenn ein/e BürgermeisterIn, die/der über eine Partei in die Funktion gewählt wurde, Menschen aus dem WählerInnenverzeichnis streichen kann. Das hat in NÖ Methode, weil sich die ÖVP als Alleinherrscherin sowieso alles erlauben kann.

Noch!

■ GGR DI Gottfried Lamers

MEIN NAME IST HASE UND ICH WEISS VON NICHTS!

So stellt sich derzeit die ÖVP Gablitz dar, wenn es um die neuen großvolumigen Bauprojekte auf dem Areal des Klosters geht.



Als Reaktion auf unser GRÜNES Gemeindemagazin von Anfang Oktober 2017, worin wir über die kolportierten Entwicklungen berichten, welche massive Auswirkungen auf unseren Ort haben werden, hat der, durch Anfragen von BewohnerInnen aufgeschreckte, Bürgermeister zu einer BürgerInnenversammlung geladen. Der Kreis der TeilnehmerInnen wurde, wie wir vermuten, absichtlich sehr klein gehalten. Eingeladen wurden nur die BewohnerInnen der Hauptstraße, bzw. des unmittelbaren derzeitigen Ortszentrums, obwohl das Thema sehr wohl für alle GablitzerInnen von Interesse ist. Auch GemeinderätInnen anderer Fraktionen wurden nicht informiert und haben von dieser (Des-) Informationsveranstaltung nur über Anregung von ZentrumsbewohnerInnen erfahren.

Der Bürgermeister hat in wohlgesetzten Worten erklärt, dass die Gemeinde Gablitz keine Bautätigkeiten vorsieht, weil sich die, von den Planungen betroffenen Bereiche auf Privatgrund der Kongregation und der Bundesforste befinden. Und falls sich die beiden nicht einigen, ist unklar was weiter passiert. Und er sowieso nicht mehr weiß! Dabei hat er allerdings verschwiegen, dass es eine Kostenschätzung für diese Maßnahmen bereits seit Juni 2015 gibt.

Im Laufe der Diskussion und permanenter Nachfrage wurde dann natürlich

schon offensichtlich, dass die ÖVP um einiges mehr weiß, als sie zugibt. Und dass sich im Gablitzer Zentrum bezüglich Neubauten und vor allem Verkehr einiges tun wird!

Es gibt bereits ganz konkrete Vorstellungen, wie mit Schaffung einer sogenannten Flutmulde, die Altbestands – Bauten des Klosters in der sogenannten Roten Zone im Hochwasserbereich abgesiedelt und gesichert sollen.

Weiters soll das Marienheim, das am derzeitigen Standort von der Kongregation nicht erhalten werden wird, deutlich vergrößert und damit profitabler, in den unteren Bereich des Klosters, einen derzeitigen Obstgarten, übersiedeln.

Die Errichtung der Flutmulde dauert ca. 1,5 Jahre und nach der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung muss die Gemeinde spätestens in zwei Jahren einen neuen Kindergarten einrichten. Auch dieser soll auf dem Areal der Kongregation errichtet werden.

Hierzu wurde ein Naturschutzgutachten vorgelegt, das auf einer eintägigen (!) Bestandsaufnahme und einer Literaturrecherche beruht. Eine diesbezügliche Wortmeldung aus dem Publikum gab auch zu bedenken, dass Schutzgüter im gegenständlichen Bereich als nicht relevant bewertet werden. Und erhaltenswerte Landschaftsteile und Rote Listen für gefährdete Arten negiert werden.

Das derzeitige Gebäude für Betreutes Wohnen soll um einen zweiten Trakt erweitert werden. Notwendig sind außerdem auf Grund des Bevölkerungswachstums in Gablitz laut BM Cech Planungen und die Errichtung weiterer kommunaler Einrichtungen für die Kinderbetreuung.

Gewünscht ist von Seiten der Gemeinde,

offenbar auch eine neue Mehrzweckhalle zur Entlastung der bestehenden Turn-/Festhalle (die, auch energietechnisch, gelinde gesagt schon ziemlich überaltert ist). Und ganz toll wäre natürlich ein auch neuer Hauptplatz/Ortszentrum, zum Beispiel für den Christkindlmarkt.

Die dringend notwendige Stärkung und Förderung des bestehenden Ortszentrums ist kein Thema!

Wir sind ZeugInnen des einzigartigen Gablitzer Weges zur Schaffung eines Ortszentrums durch Private – wir tun nix, wir zahlen nix, wir wünschen uns nur was – und nehmen ein deutlich erhöhtes Verkehrsaufkommen in Kauf.

Der Bau von Wohnungen wird natürlich auch noch eine Rolle spielen, wobei hier noch keine Zahlen genannt wurden. Gerüchte über die Anzahl von 400 – 500 Wohnungen wurden zurückgewiesen.

Auch bezüglich der zu erwartenden neuen Verkehrssituation, mit einem deutlich erhöhten Aufkommen von Individualverkehr, gibt es allerdings schon ziemlich konkrete Vorstellungen der ÖVP.

Pro neu zu errichtender Wohnung wird mit mindestens zwei Autos gerechnet – und zusätzlich noch das Fahrzeugaufkommen durch die anderen Einrichtungen. Es werden ca. 400 – 500 PKWs mehr sein, die täglich das Ortszentrum belasten werden.

Angestrebt wird daher eine Einbahnregelung im Ort, und weil die Menge an Fahrzeugen über die Hauptstraße so nicht bewältigt werden kann, soll im Bereich des Forsthauses eine neue Brücke und Straße über den Gablitzbach geführt werden.

Das bedeutet natürlich auch, dass größere gärtnerisch genutzte Grünflächen des

Klosterareals verschwinden werden.

Das Sozialprojekt Dorothea wird bei den neuen Planungen laut BM Cech keinen Platz mehr im Kloster haben. Obwohl ja keiner, und er schon gar nicht irgendwas weiß, ist das bereits Fakt und es wurden dem Verein von der Gemeinde bereits Ersatzflächen angeboten.

Überall sonst gehen Gemeinden und Städte nicht nur in Niederösterreich den Weg der Verkehrsberuhigung zur Gestaltung neuer Plätze im Zentrum und schaffen so neue Kommunikationsbereiche. Gablitz ist wieder einmal anders! Mehr Verkehr, mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Einschränkungen und Unannehmlichkeiten für die AnrainerInnen sind bei uns die Lösung:

Der, durch die Bauarbeiten notwendige Schwer- und Bauverkehr wird nach Aussage von VBM Gruber zur Gänze über die landwirtschaftlichen Wege im nördlichen Klosterareal und dann über die Hauersteigstraße abgewickelt. Und das bedeu-

tet eine jahrelange Beeinträchtigung der AnrainerInnen durch LKW-Fahren.

Auch in der letzten ÖVP Postille wurden dann aber vor allem nichtssagende Aussagen getätigt und hohle Phrasen wiederholt. Aber dafür gab es schöne bunte Fotos, die eine ÖVP Delegation im Frühjahr 2017 bei einem Besuch der Kongregation in Deutschland zeigen, wo die dortigen Planungen für ehemalige Klosterareale besichtigt und sicher auch schon Projekte für Gablitz erörtert wurden.

Und als neueste Entwicklung wurde überraschend eine Sondergemeinderatssitzung für Anfang Jänner einberufen. Der wichtigste Punkt ist ein Übereinkommen der Bundesforste mit der Kongregation.

Und das ist dann gleich viel konkreter, vor allem was die finanziellen und administrativen Auswirkungen angeht. Die Marktgemeinde Gablitz verpflichtet sich darin nämlich auch zum Beispiel bei wasserrechtlichen Behördenverfahren

(Hochwasserschutz, Errichtung der Flutmulde, usw.) als Konsenswerberin aufzutreten, die Organisation der Verlegung des Tennisplatzes zu organisieren und sämtliche notwendige Umwidmungsverfahren zu betreiben. Und die Marktgemeinde verpflichtet sich nach der Umwidmung, die Kosten für die notwendige Infrastruktur der neuen Baulandflächen samt Wegebau und neuer Brücke über den Gablitzbach zu tragen. Und das sind etwa EUR 900.000. Mit dem, bereits 2016 ohne Gegenleistung der Kongregation, um EUR 156.000 errichteten Parkplatz wird das Ganze Gablitz weit mehr als 1 Million EUR für eine, private gewinnorientierte Institution kosten.

Zum eventuellen Rückfluss finanzieller Mittel an die Gemeinde Gablitz meinte BM Cech in der Gemeinderatssitzung am 10. Jänner, „...ich habe zwar keinen Plan, aber eine Hypothese...“!

Lassen wir uns überraschen.

■ Fritzi Weiss

ABBIEGEN BEI ROT

„Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist...“

Diese gefährliche Drohung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und nunmehrigen Infrastrukturministers Hoffer ist, nach dem horriblen Ergebnis der letzten Nationalratswahl, in der Realität angekommen.

Jeden Tag lesen wir erstaunt oder empört über grenzwertige Pläne und vorgesehene Grauslichkeiten der neuen Regierung. Es wird nicht bei vollkommen widersinnigen und gefährlichen Ansinnen wie höhere Geschwindigkeiten auf Autobahnen oder dem Abschaffen von Radarkontrollen – Geschwindigkeitsbegrenzungen sind ja schließlich keine effektiven Sicherheitsmaßnahmen, sondern reine Schikanen – bleiben.

CO₂-Bilanzen und Klimaziele, Nichteinhaltung und etwaige Verletzungen von internationalen Abkommen bezüglich

Richtwerten sind ja auch vollkommen wurscht. Hauptsache Autofahren bleibt billig. Die schädigenden Auswirkungen auf unsere Gesundheit und die Sicherheit bleiben, nicht nur in diesen Bereichen, auf der Strecke.

Es geht auch schon, vor allen für ärmere MitbürgerInnen, Arbeitslose und solche mit geringem Einkommen, an die Substanz. Anfang Jänner wurde bereits das Ende der Aktion 20.000 für ältere Arbeitslose (ursprünglich im vorigen Jahr noch mitbeschlossen von der ÖVP) und des Beschäftigtenbonus angekündigt.

Die Mindestsicherung soll bundesweit auf dem geringsten Niveau angeglichen werden. Auch um Bundesländer wie Wien, wo versucht wird, über die derzeit noch höhere Mindestsicherung ein halbwegs würdiges Überleben zu er-

möglichen, dazu zu nötigen, vorsätzlich Menschen in die Armut und Verzweiflung zu zwingen. Auch die Notstandshilfe soll gestrichen werden.

Hartz IV lässt grüßen. Eine diesbezügliche Machbarkeitsstudie für Österreich wurde bereits vom vorigen ÖVP-Finanzminister beauftragt und liegt schon seit zwei Jahren in der Schublade und wartet auf die Umsetzung.

Und was die FPÖ mit den beiden Sicherheitsressorts, auch bei den Einschränkungen der persönlichen Freiheit jeder/ jedes Einzelnen noch anstellen wird, ist noch nicht bekannt...

**Setzen Sie ein Zeichen!
Bei der Wahl am 28. Jänner 2018!**

■ Fritzi Weiss

REZEPTTIPP

TEE GEBÄCK

Wenn es wieder einmal so echt grauslich draußen ist, dann tut ein heißer Tee/Kaffee/Kakao und eine kleine Leckerei gut und macht fit für weitere Herausforderungen des Winters.

SCONES

sind ein traditionelles Gebäck aus England, und ebenda sind ja auch wetterbedingt die SpezialistInnen für Tee zu Hause.

25 dag Mehl mit 8 dag Pflanzenmargarine, 3 EL Rohrzucker, 100 ml Mandelmilch, einer Prise Salz, ¼ TL Vanillepulver und 2 TL Backpulver oder Natron und, wenn Sie das mögen, mit 5 dag Rosinen zu einem Teig verkneten. Den Teig ausrollen (ca. 2 - 3 cm Höhe), dann mit einem Glas Kreise (ca. 5 cm) ausstechen, auf ein gefettetes und bemehltes Blech setzen, und im Rohr bei 180° C backen, bis sie eine leichte Bräunung annehmen.

Klassischerweise werden Scones mit Erdbeermarmelade serviert.

Eine geschmacklich sehr interessante Variante zu Scones sind

ROSMARIN ZITRONEN ECKEN

25 dag Mehl mit 8 dag Pflanzenmargarine, 3 EL Rohrzucker, 125 ml Kokosjoghurt, Abrieb einer Biozitrone, 2 EL Rosmarinnadeln, einer Prise Salz und 2 TL Backpulver oder Natron zu einem Teig verkneten, ca. 2 cm dick ausrollen und 10 Rechtecke oder Dreiecke ausschneiden. Auf ein gefettetes und bemehltes Blech setzen, und im Rohr bei 180° C backen, bis sie eine leichte Bräunung annehmen.

Dazu passt auch eine herbere Marmelade, zum Beispiel Holler oder Preiselbeere.

Größere Kekse heißen heutzutage Cookies, schmecken aber noch genauso gut wie immer:

HASELNUSS HAFERFLOCKEN COOKIES

Backrohr auf 180° C vorheizen.

10 dag dunkle Schokolade gehackt oder Schokolinsen, 6 dag geriebene und geröstete Haselnüsse, 6 dag feine Haferflocken, 13 dag Pflanzenmargarine, 15 dag Zucker, 15 dag Dinkelvollkornmehl und 1 geh. TL Backpulver oder Natron zu einem Teig verkneten. 2 Backbleche fetten und mit Mehl bestäuben oder mit Backpapier auslegen. Mit einem Teelöffel kleine Portionen Teig in einem Abstand von mindestens 3 cm auf die Bleche setzen und die Cookies jeweils 10 - 15 min. backen.

Auf den Blechen auskühlen lassen und danach in einer Dose sicher vor Mäusen und Naschkatzen aufbewahren.

■ Fritzi Weiss

DIE GRÜNE LISTE GABLITZ LÄDT EIN

KINDERKINO

SA, 17. FEBRUAR 2018, 18 UHR
GASTHAUS SCHREIBER
Linzerstraße 77, Gablitz

Einlass ab 17:30 Uhr

ab 6 Jahren und für alle
Junggebliebenen bis 99 Jahre.

Einen Abend lang in die abenteuerliche
Welt von Walt Disney eintauchen -
Unterhaltung für die ganze Familie!



EINTRITT FREI!

DIE GRÜNE GEMEINDE NÖ: 29.619 TREUE GRÜN-WÄHLERINNEN WOLLEN WACHSEN!

Die Grünen gibt es nicht mehr im Nationalrat. Das ist sowohl für aktive Grüne als auch für 29.619 Grün-WählerInnen der jüngsten Nationalratswahl in Niederösterreich schwer verdaubar. Diese WählerInnen sind die Grüne Gemeinde.



Gemeinsam gilt es jetzt die Gemeinde wachsen zu lassen.

Warum sind bei der Nationalratswahl denn überhaupt so viele in andere politische Gemeinden aufgebrochen? Sind Menschen davongelaufen oder zu etwas hingelaufen?

Menschen sind verschieden und haben unterschiedliche Gründe, warum sie wie oder wen wählen. Eine Wahl ist immer eingebettet in Stimmungen. Die persönliche Lebenswelt ist das eine. Millionenschwere Wahlkampagnen zur Kreation einer Stimmung sind das andere. Eigeninteressen von Medien wieder ganz etwas anderes.

Die Grünen haben es nachweislich zu wenig geschafft, die Stimmung im ökologischen und sozialen Spektrum der WählerInnen punktgenau zu erfassen.

Die entscheidenden Fragen lauten daher:

- Sind die Grünen Grundwerte abge wählt worden?
- Sind Menschenrechte wirklich abge wählt worden?
- Sind die Überlebensfragen Artenschutz und Menschenschutz, Naturschutz, Klimaschutz kein wichtiges Thema?
- Ist ein Miteinander in der Gesellschaft unerheblich?

Ich bin davon überzeugt: Die Antwort ist immer „Nein“.

Es braucht Grüne Grundwerte, mehr als je zuvor. Umso stärker ist meine Überzeugung: Menschen sind von den Grünen nicht weggelaufen. Menschen sind zu anderen Parteien gelaufen, weil sie zum Teil mit ihrer Stimme Koalitionen verhindern wollten oder einer anderen Person eine Chance als Kanzler oder Oppositionellen geben wollten. Für mich ist aber eines klar: Alle ÖsterreicherInnen, die jemals in den 30 Jahren im Parlament uns Grünen das Vertrauen gaben, wollten kein Parlament ohne Grüne Fraktion.

Was macht es den Grünen also so schwierig, den Bogen zwischen Herz und Hirn der WählerInnen zu spannen? Sind Grüne zu „kopflastig“? Glauben Grüne als die Einzigen noch an die Werte der Aufklärung? Viele offene Fragen, die wir uns alle gemeinsam mit Tiefgang anschauen müssen. Bekannt ist: Der Bogen zwischen Herz und Hirn ist bei der Wahl nicht gelungen. Zu erzählen, wo wir Menschen verstehen und Angebote für sie haben, muss auch nachgeschärft werden.

Niederösterreich wählt am 28. Jänner 2018.

Die ÖVP unter Johanna Mikl-Leitner umgibt der gleiche Mief von Günstlingen und Seilschaften wie zu Zeiten ihres Vorgängers, Stichwort: Dr. Erwin Pröll Privatstiftung. Nur die vier Abgeordneten der Grünen haben sich nie am ÖVP gesteuerten Macht-Poker beteiligt.

Daher gilt: Menschen, die im Zuge der Nationalratswahl eine andere Partei

wählten, können am 28. Jänner eine neue Entscheidung treffen. Die 29.619 Menschen, die schon am 15. Oktober in Niederösterreich Grün gewählt haben, nehmen jeden und jede gerne auf, der/die sich mit uns für Niederösterreich stark machen möchte.

Das Rezept für den Zaubertrank ist schon erdacht, rezeptgebührenfrei erhältlich und garantiert bekömmlich. Seine Mixtur wird durch den Magen gehen und uns Kräfte verleihen, das Unmögliche zu bewerkstelligen:

- ein Niederösterreich ohne schwarzen, fossilen Brennstoff
- ein Niederösterreich mit gesunden Böden und Artenvielfalt
- ein Niederösterreich mit Öffentlichem Verkehr bis ins kleinste Dorf
- ein Niederösterreich mit tollen Jobs in den Regionen dank ausgebauten Datenhighways
- ein Niederösterreich, das Armut bekämpft
- ein Niederösterreich, das Menschen die Chance der Integration gibt
- ein Niederösterreich, in dem ich mit einem 365 Euro Ticket mobil bin
- ein Niederösterreich, das selbstbewusst ist, aber nicht überheblich

Mut, Weitblick und Herzlichkeit sind die Hauptessenzen dieser Rezeptur. Ich hoffe, dass auch Sie sich davon begeistern lassen und Ihre Heimat in der Grünen Gemeinde finden.

■ Helga Krismer, Landessprecherin und Spitzenkandidatin der Grünen Niederösterreich für die Landtagswahl

PS: Wer bei der Grünen Gemeinde ans Gallische Dorf aus Asterix-Geschichten denkt, weiß: Idefix weint, wenn ein Baum gefällt wird.

INTERVIEW MIT AMRITA ENZINGER

Verkehrssprecherin der Grünen NÖ

Amrita, Du bist Verkehrssprecherin der Grünen Niederösterreich. Was sind deine Herzensanliegen?

Ich kämpfe mit meiner ganzen Leidenschaft und Überzeugung für besser ausgebauten und für alle leistbaren öffentlichen Verkehr in NÖ. Außerdem für die Wiederbelebung und Attraktivierung von Regionalbahnen und die Ausweitung des 60 Euro Top-Jugendtickets auf alle jungen Menschen.

Was würdest Du in Niederösterreich verkehrstechnisch sofort ändern bzw. verwirklichen, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?

Ich würde sofort das 365 Euro-Jahresticket einführen. Damit hätten wir weniger Kosten für die NutzerInnen der öffentlichen Verkehrsmittel, weniger Umweltverschmutzung und vor allem endlich eine echte Alternative zum PKW lastigen Individualverkehr!

Längst überfällig ist auch der Schritt-für-Schritt Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrsnetzes. Denn im Moment bist du in weiten Teilen von Niederösterreich auf einen PKW angewiesen, da du gar keine sinnvolle Wahlmöglichkeit hast. Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen haben sich geändert, aber die ÖVP in Niederösterreich ist da nicht mitgezogen, sondern mit ihren Mobilitätskonzepten in der Steinzeit stecken geblieben.

Wie sieht das Budget des niederösterreichischen Verkehrsressorts aus und wie hoch sind die Ausgaben für öffentlichen Verkehr?

Das Jahresbudget im Verkehrsressort liegt bei ca. 9 Mrd. Euro pro Jahr, aber davon sind nur 180 Mio. Euro für den öffentlichen Verkehr vorgesehen. Das kann und wird sich mit uns Grünen ändern. Statt Unmengen an Geld in Straßenbau zu stecken, wollen wir endlich in die Zukunft investieren und auf mehr

und bessere öffentliche Verkehrsmittel, wie Bus und Bahn setzen!

Die Grünen NÖ engagieren sich ja bekanntlich besonders für die Umsetzung des 365 Euro-Tickets. Wie ist das realisier- und finanzierbar?

Realisierbar ist es allemal, das zeigen Wien und Vorarlberg. In beiden Bundesländern übertrifft das 365 Euro-Jahresticket alle Erwartungen. Was es dazu allerdings braucht, ist der politische Wille, und natürlich auch ein wenig Mut.

Zur Finanzierung: Zum Großteil finanziert sich das 365 Euro-Jahresticket in Wien und Vorarlberg durch die hohen Verkaufszahlen selber. Ich bin aber auch eine Verfechterin der flächendeckenden LKW-Maut. Mit einem Teil dieser Einnahmen, die für den öffentlichen Verkehr zweckgebunden sein müssten, könnten zukunftssträchtige Projekte zum Nutzen aller umgesetzt werden.

Was hindert PolitikerInnen an einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich im Bereich öffentlicher Verkehr?

Mobilität hat grundsätzlich mit der Raumordnung zu tun. Und hier beginnt das große Problem. Gerade in der Raumordnung gibt es, bzw. gab es keine gemeinsame Planung, die über die Grenzen hinweg geht – egal, ob Gemeinde-, Bezirks- oder Landesgrenzen. Das rächt sich nun! Was Jahrzehnte lang verabsäumt wurde, kann man nicht von heute auf morgen ändern.

Wie soll das Problem der niederösterreichischen PendlerInnen in Zukunft gelöst werden?

Ganz einfach: Wir müssen alles unternehmen, damit öffentliche Verkehrsmittel für PendlerInnen attraktiv werden.

Das heißt:

1) günstigere Tickets, 2) bessere Tak-



tung und vor allem 3) Ausbau der Zubringer.

Es bedarf vieler einzelner Mosaiksteine, um ein perfektes Ganzes im öffentlichen Verkehr zu schaffen. Ich bin aber davon überzeugt, dass das machbar ist. Wir müssen allerdings jetzt mit der Umsetzung anfangen und nicht wieder Jahre verschlafen. Es wird – und da bin ich Realpolitikerin – viele Jahre dauern, bis wir ein öffentliches Verkehrsnetz wie in der Schweiz bekommen. Dort fahren öffentliche Verkehrsmittel im Halbstunden- oder Stundentakt bis ins letzte Dorf – auch am Wochenende und zu schulfreien Zeiten und das selbstverständlich bis Mitternacht.

Gibt es besondere Projekte in Bezug auf e-Mobilität im Land Niederösterreich?

Die e-Mobilität macht derzeit nur einen winzigen Bruchteil der Mobilitätsformen aus. Das kann sich aber ändern, wenn die Reichweite eines e-Autos erhöht und die Anschaffung günstiger wird. Grundsätzlich ist es ja so, dass bei einer Nutzung von Ökostrom ein e-Auto in puncto Schadstoffausstoß deutlich besser als ein Benzin oder Dieselfahrzeug abschneidet. Neben dem klaren Vorrang für öffentlichen Verkehr gibt es hier also Potential für eine Umstellung auf den Straßen. Es gibt auch schon einige erfolgreiche e-Mobilität Einzelprojekte in NÖ, genauso wie es beispielsweise Sammeltaxis oder von Vereinen gegründete Citybusse gibt. Es bleibt aber noch viel zu tun.

Liebe Amrita, herzlichen Dank für das Interview!

VORTRAG

Die GRÜNEN PURKERSDORF und DIE GRÜNE & ALTERNATIVE JUGEND WIENERWALD laden ein.

HANS-HENNING SCHARSACH**STILLE MACHTERGREIFUNG****HOFER, STRACHE UND DIE BURSCHENSCHAFTEN**

DIENSTAG, 23. 1. 2018, 19 UHR
DIE BÜHNE PURKERSDORF,
Wiener Straße 12, Purkersdorf

Aus gegebenem Anlass wird der Autor aus seinem Buch lesen und über die Folgen der Machtübernahme durch die rechten Recken diskutieren.

EINTRITT FREI!

**Buchhandlung**

Claus Mitterbauer
3002 Purkersdorf
Wienerstraße 10
Telefon: 02231-64336
buch.pur@aon.at

Öffnungszeiten
Mo-Fr 9:00 – 18:00
Sa 9:00 – 12:00

Die Buchhandlung Mitterbauer ist gut sortiert und besorgt gerne, rasch und zuverlässig jedes nicht lagernde Buch.

**KANNST NUR DU:
AM 28. JÄNNER ~~X~~ DIE GRÜNEN**

UNSER TEAM

FÜR DIE LANDTAGSWAHL AM 28. JÄNNER 2018

LISTENPLATZ 1:

HELGA KRISMER



Helga Krismer wurde im März 2017 am Landeskongress zur Spitzenkandidatin der Grünen Niederösterreich für die Landtagswahl 2018 gewählt. Sie folgt damit Madeleine Petrovic nach und führt die Grünen Niederösterreich auch als Landessprecherin zum ersten Mal an.

„Ich habe die Vision von einem Niederösterreich ohne schwarzen, fossilen Brennstoff; ein Niederösterreich mit gesunden Böden und Artenvielfalt; ein Niederösterreich mit öffentlichem Verkehr bis ins kleinste Dorf; ein Niederösterreich mit tollen Jobs in den Regionen dank ausgebauter Datenhighways; ein Niederösterreich, das Armut bekämpft und nicht die Armen; ein Niederösterreich, das Menschen die Chance der Integration gibt; ein Niederösterreich, in dem ich mit einem 365-Euro-Ticket mobil bin; ein Niederösterreich, das selbstbewusst ist, aber nicht überheblich; ein Niederösterreich, das herzlich ist.“

Gemeinsam mit einem starken Team machen die Grünen nun konkrete Angebote an die WählerInnen. Wollen Sie starke Grüne im Nö. Landtag, die für die Verwirklichung dieser Vision kämpfen? Entscheiden können Sie am 28. Jänner 2018.

LISTENPLATZ 2:

GEORG ECKER



(31) aus Hollabrunn
„Ich will High-Speed-Internet in jedem Bezirk in NÖ für private Zwecke und Unternehmen. Auch das gehört

zur modernen Infrastruktur. Machen wir NÖ fit für die Zukunft!“

LISTENPLATZ 3:

SILVIA MOSER



(52) aus Rudmanns, Bezirk Zwettl
„Ein Pflegeskanal wie der in Kirchstetten darf nie wieder passieren! Daher will ich u. a.

mehr Personal und Qualitätskontrollen für Pflegeheime.“

LISTENPLATZ 4:

AMRITA ENZINGER



(50) Aderklaa, Bezirk Gänserndorf
„Ich engagiere mich für uneingeschränkte Mobilität. Mein konkretes Angebot: Das 365-

Euro-Jahresticket für alle Öffis in NÖ. Mobilität für 1 Euro am Tag.“

LISTENPLATZ 5:

DOMINIC HÖRLEZEDER



(33) aus Amstetten
„Macht darf nicht dazu benutzt werden, grausliche Gesetze wie die Nö. Mindestsicherung zu

beschließen. Mein Anspruch: Politik für die Menschen. Nicht gegen sie.“

LISTENPLATZ 6:

MONIKA HOBEK-ZIMMERMANN



(35) aus Guntramsdorf, Bezirk Mödling
„Mir liegen Kinder und Bildung am Herzen. Deswegen ist eine Forderung

von mir: mehr PädagogInnen für alle Nö. Kindergärten.“

LISTENPLATZ 7:

JOHANN GANSTERER



(28) aus Neunkirchen
„Als Grüner und Landschaftsgärtner mit Leidenschaft für unsere Natur will ich in den

Landtag, denn ohne Grüne gibt es keine Umwelt- und Klimaschutzpolitik.“

LISTENPLATZ 8:

BRIGITTE KRENN



(54) aus Schwechat, Bezirk Bruck a. d. Leitha
„Ich will die Lebensqualität in den Gemeinden erhöhen. Zum Bei-

spiel durch mehr Radwege, mehr Grünräume und moderne Infrastruktur.“

LISTENPLATZ 9:

MICHAEL PINNOW



(41) aus Eichgraben, Bezirk St. Pölten
„Jeder kann EnergiesparmeisterIn sein, wenn er/sie will. Davon bin ich überzeugt. Daher

ist mein Angebot: Ich zeige Niederösterreich, wie es geht!“

LISTENPLATZ 10:

CONSTANTIN GESSNER



(40) aus Markt Piesting, Bezirk Wiener Neustadt
„Ich will, dass E-Autos für alle leistbar werden. Dafür kämpfe ich,

weil das einer der Bausteine für mehr Klimaschutz ist.“

